



## Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 20.04.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 2

Erhöhung Förderung von  
Modernisierungsmaßnahme im Sanierungsgebiet  
"SZP Jägerhofkaserne"

Vorl.Nr. 058/23

---

### **Beschluss:**

1. Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg wird für die Modernisierung des Gebäudes Jägerhofallee 40 (Bauabschnitt 4) mit dem Ziel der Wohnraumschaffung im Sanierungsgebiet "SZP Jägerhofkaserne" der Zuschuss aus Städtebaufördermitteln um 97.560 € auf 1.797.560 € erhöht. Der städtische Anteil der Förderung beträgt 40 % (719.024 €).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den mit der WBL geschlossenen Modernisierungsvertrag bezüglich der Modernisierung des Gebäudes Jägerhofallee 40 (Bauabschnitt 4) entsprechend anzupassen.
3. Die Verwaltung erhält den Auftrag, die Mittel in Höhe von 97.560 € für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 anzumelden und die Finanzplanung entsprechend den Umsetzungsfristen vorzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

### **Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** eröffnet die öffentliche Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verkündet sie, dass TOP 5 vorgezogen werde und direkt nach TOP 2 behandelt werden wird.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichten zwei **Geschäftsführer** der Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) sowie eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (Team STEP und Stadterneuerung) anhand von zwei Präsentationen (vgl. Anlage zum Protokoll) zum Thema.

Stadtrat **Sorg** signalisiert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

TOP 2

Erhöhung Förderung von  
Modernisierungsmaßnahme im Sanierungsgebiet  
"SZP Jägerhofkaserne"

Vorl.Nr. 058/23

---

Stadtrat **Braumann** meint, dass die historische Bausubstanz schlecht sei, was bekannt. Die Jägerhofkaserne sei stadtbildprägend. Deshalb wollte man die Substanz außen erhalten. Innen seien die Gebäude dann sehr modern. Es handle sich um ein hoch attraktives Wohngebiet. Wohnen und Arbeiten seien im Quartier möglich. Das Bauen im Bestand biete immer wieder Überraschungen. Die Mehrkosten seien nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion stimme der Erhöhung der Förderung zu, teilt er mit.

Stadtrat **Remmele** lobt die schöne Lösung, die die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) gefunden habe. In das Projekt sei viel Energie und Geld investiert worden. Die Baukosten hätten sich im letzten Jahr deutlich erhöht. Folglich müsse die Erhöhung der Förderung folgen. Die Freien Wähler stimmen gerne zu.

Auch die SPD-Fraktion werde sehr gerne zustimmen, gibt Stadträtin **Liepins** bekannt. Es handle sich hierbei um ein Vorzeigeprojekt. Sie bedauert, dass mit der Umgestaltung nicht bereits ein oder eineinhalb Jahre früher angefangen wurde, als die Preise noch nicht so hoch waren. Nun sei sie aber froh, dass das Projekt zu Ende geführt werden könne. Sie verweist auf die Verkaufsproblematik. Geförderter Wohnraum werde bezogen, aber Eigentumswohnungen sollen auch verkauft werden. Sie hofft auf Veränderung durch Bundesgesetze, was den sozialen Wohnraum anbelange und Förderungen hierfür.

Stadtrat **Eisele** meint, in der Stadt kenne man das Gebäude. Er bedauert, dass es die letzte Kaserne sei, die umgebaut werde. Das Projekt heißt er für gut. Es müsse wenig abgebrochen werden, die Fassade bleibe erhalten. Nachher wird die ehemalige Kaserne sehr gut aussehen, ist er sich sicher. Der Erhöhung stimme die FDP-Fraktion zu.

Stadträtin **Kainz** von der LUBU wird ebenfalls zustimmen. Sie begrüßt 43 Prozent geförderten Wohnraum. Die allgemeine Baupreisentwicklung sei in der Vorlage leider nicht aufgeführt worden, merkt sie an. Sie hofft, dass keine weitere Bezuschussung erfolgen müsse.

Einer der **Geschäftsführer** der WBL antwortet, dass der plötzliche Förderstopp für Schwierigkeiten gesorgt habe. Er sei froh, dass es nun Preissicherheit gebe.

Nachdem sie Rückfragen der Gremiumsmitglieder beantwortet haben, lässt BMin **Schwarz** über die Vorl. Nr. 058/23 Beschluss fassen.

---

**Beschluss:**

- I. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Pflugfelder Unternehmensgruppe einen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil entsprechend der Abgrenzung in Anlage 1 mit 20 teilnehmenden Bürogemeinschaften durchzuführen.
- II. Die finanziellen Mittel für die Wettbewerbs- und Regiekosten des Ideenteils in Höhe von 80.000 € werden zur Verfügung gestellt. Die Kosten sind förderfähig über Mittel der Städtebauförderung.
- III. Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt, eine entsprechende Kostenvereinbarung mit der Pflugfelder Unternehmensgruppe abzuschließen. Im Falle einer städtisch verschuldeten ausbleibenden Grundstücksvergabe an die Pflugfelder Unternehmensgruppe muss die Stadt die Gesamtkosten des Wettbewerbs in Höhe von ca. 350.000 € tragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung berichtet anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) zum Thema.

Stadträtin **Dr. Knoß** teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerne zustimmen. Sie sei froh, dass die Baulücke an prominenter Stelle sinnvoll geschlossen werden könne. Sie begrüßt die kurzen Wege für Mitarbeitende aufgrund der Bahnhofsnähe. Dass Wohnen nicht möglich sei,

bedauert sie. Ihr gefalle das Konzept mit den Grünflächen. Es habe eine gute Zusammenarbeit stattgefunden, worüber sich ihre Fraktion freue.

Stadtrat **Braumann** spricht von einem Glücksfall, dass die Brache aktiviert werden könne. Da es sich um einen Hochhausstandort handle, könne der Ort in der Stadt Strahlkraft entwickeln, ist er überzeugt.

Stadtrat **Remmele** bezeichnet den Ort bisher als Schandfleck, der nun bereinigt werde. Der Hochpunkt sei interessant. Hochpunkte in Bahnhofsnähe in anderen Städten stellen gute Beispiele dar. Die Fraktion der Freien Wähler freue sich auf die Wettbewerbsergebnisse und stimme gerne zu.

Auch Stadträtin **Liepins** wird gerne zustimmen und ist ebenso gespannt auf die Ergebnisse aus dem Realisierungswettbewerb. In unmittelbarer Nähe befinde sich das Franckareal. Sie freut sich, dass beide Gebiete städtebaulich aufgewertet werden.

Stadtrat **Eisele** findet, der Beschluss heute sei eine logische Konsequenz des bisherigen Handelns. Die FDP-Fraktion habe sich stets für einen Hochpunkt an dieser Stelle ausgesprochen und freue sich über 60 bis 62 Meter Höhe. Er schlägt vor, oben ein Café einzurichten, als Aussichtspunkt.

TOP 3

Kepler-Areal - Durchführung eines Realisierungswettbewerbs mit Ideenteil zusammen mit der Pflugfelder Unternehmensgruppe

Vorl.Nr. 094/23

---

Die LUBU freue sich auch, dass das Ludwigsburger Stadtbild dadurch deutlich verbessert werde, teilt Stadträtin **Kainz** mit. Die Weststadt sei durch die Bauten außerdem vom Lärm etwas abgeschirmt. Den Erhalt der Grünflächen befürwortet sie. Ihre Zustimmung werde sie geben.

BMin **Schwarz** erklärt, dass die Stadt das Ziel habe, Planrecht zu haben, wenn ein Baugesuch vorliege. Die Verwaltung überlege, wie sie den Park öffnen könne und der Bürgerschaft damit eine weitere öffentliche Grünfläche zur Verfügung stellen könne. Das Franck-Areal, Keplerdreieck und der Bahnhof werden immer zusammen gedacht, hebt sie hervor.

Stadtrat **Juranek** weist darauf hin, dass er schon bei der letzten Diskussion darauf aufmerksam gemacht habe, dass eine Verbindung zur Stadtstruktur wichtig sei. Er spricht MH+ und die alte Franck-Villa an und fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, hier Wege öffentlich zu machen und einen Zugang zum Dreieck herzustellen. Er erkundigt er sich, wie die Kontakte zu den Eigentümern seien.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung antwortet, dass es bei der Franck-Villa ein Erbbaurecht gebe, das der Stadt zustehe. Die Franck-Villa sei allerdings in Privatbesitz. Die Stadt sei mit den Eigentümern im Gespräch.

Die Zusammenarbeit mit Herrn Pflugfelder laufe sehr gut. Einige Probleme müssen aber noch gelöst werden. Die Lösungen wird die Verwaltung dann dem Gremium vorschlagen.

Nach Aussprache und Beantwortung der Rückfragen aus dem Gremium durch BMin **Schwarz**, lässt sie über die Beschlussvorlage Nr. 094/23 abstimmen.

TOP 4

Blockrevitalisierung Schlossstraße – Vorbereitende  
Untersuchungen  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 100/23

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für das geplante Sanierungsgebiet „Blockrevitalisierung entlang der Schlossstraße“ mit dem Teilgebiet der Verwaltungsgebäude in der Oberen Marktstraße, vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB durchzuführen. Maßgebend ist der Lageplan des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (Anlage 1). Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.
2. Für die vorbereitenden Untersuchungen „Blockrevitalisierung entlang der Schlossstraße“ wird ein Betrag von 15.000 Euro zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

## Beratungsverlauf:

Zwei **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (Team STEP und Stadterneuerung) berichten anhand einer Präsentation und beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei aufgefallen, dass noch mehr Straßen und Gebäude untersucht werden sollen, teilt Stadtrat **Sorg** mit. Die Mömpelgardstraße sei beispielsweise in schlechtem Zustand. Außerdem werden mehr E-Ladeplätze benötigt.

Stadtrat **Braumann** denkt, dass ein Tunnel unter der B27, die einzige Möglichkeit Schloss und Innenstadt zusammenzubringen, ein Traum bleiben wird. Dafür würden die finanziellen Mittel fehlen. Die Gebäudesubstanz in der oberen Schlossstraße sei in der Tat schlecht. Er erkundigt sich nach der Gebäudesubstanz in der Ecke Wilhelmsstraße/ Stuttgarter Straße und möchte wissen, ob diese ebenfalls ins Sanierungsgebiet mitaufgenommen werden könne.

Es handle sich um den ältesten Bereich der Stadt, stellt Stadtrat **Remmele** fest. Viele Gebäude und Straßen in diesem Gebiet seien sanierungsbedürftig. Er bittet darum, kein Kopfsteinpflaster mehr zu verwenden, da hiermit in Ludwigsburg schlechte Erfahrungen gemacht wurden.

Stadtrat **Juranek**, der sich selbst als unverbesserlicher Optimist bezeichnet, hofft noch immer auf einen Tunnel. In Schwäbisch Gmünd habe es letztendlich auch geklappt mit dem Tunnel. Die Obere Marktstraße sei auf den städtischen Bereich optimiert. Er fragt nach den Gründen der Abgrenzung des Gebiets. Andere Gebäude in dieser Umgebung seien auch sanierungsbedürftig.

TOP 4

Blockrevitalisierung Schlossstraße – Vorbereitende  
Untersuchungen  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 100/23

---

Sanierungsgebiete seien Erfolgsmodelle in der Stadt, ist Stadtrat **Eisele** der Ansicht. Sie machen die Stadt ein Stück schöner. Das Sanierungsgebiet im ausgewählten Bereich sei sinnvoll. Die Gebäude der Schlossstraße befinden sich nach oben hin einem erbärmlichen Zustand, wie er es ausdrückt. Nach unten hin sei sie inzwischen schön saniert. Er erkundigt sich, ob man für die Sanierungsgebiete immer Geld bekomme und wie sicher es sei, dass die Stadt auch für dieses Sanierungsgebiet wieder eine Förderung bekomme.

Stadträtin **Kainz** hält die Blockrevitalisierung entlang der Schlossstraße für dringend notwendig. In der Zukunftskonferenz 2006 wurde eine Projektgruppe mit dem Namen „Die B27 wird zur Allee“ u.a. mit Grüne, CDU, usw. gebildet. Sie hatte den Planungsauftrag, dass die B27 wird in ihrer gesamten Länge innerhalb des Stadtgebiets auf zwei Spuren zurückgebaut werde. Die Gruppe stellte fest, dass damals schon dringender Handlungsbedarf bestand. Ihre Aussagen waren: Historische Bausubstanz muss gesichert werden, Gebäudesanierung vorangetrieben werden und Leerstand muss reaktiviert werden (z.B. Büroflächen).

Immerhin wird nächste Woche der vor 17 Jahren in der Projektgruppe vorgeschlagene Kreisverkehr eingerichtet. Auch weitere Forderungen, wie z.B. 10-Minuten-Bustaktverkehr und eine ausgebauter Westrandstraße gibt es inzwischen.

Auch kleine Schritte führen zum Ziel, ermutigt sie. Die LUBU stimme der Vorlage gerne zu.

Der **Mitarbeiter** des Referats spricht an, dass sich in dem Bereich auch wichtige Rad- und Fußwegverbindungen befinden. Die Mömpelgardstraße und die Gehwege entlang der Fasanenstraße seien in schlechtem Zustand und deshalb miteinbezogen worden. Der Rathausbereich bis hin zur Mathildenstraße sei bereits im Sanierungsgebiet gewesen, deshalb konnte er nicht noch einmal mitaufgenommen werden. Die Obere Marktstraße sei bewusst als „Insel“ mitausgewählt worden, weil der Rest auch bereits in einem Sanierungsgebiet war, erklärt er.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen und Fragen gibt, lässt BMin **Schwarz** sodann über die Vorl. 100/23 Beschluss fassen.

TOP 5	Starkregenrisikomanagement Pflugfelden + weiteres Vorgehen	Vorl.Nr. 103/23
-------	--	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt wird nach TOP 2 behandelt, wie von BMin **Schwarz** angekündigt.

**Kevin Knoche** vom Ingenieurbüro Klinger und Partner sowie eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (Team Klima und Energie) berichten anhand einer Präsentation zum Starkregenmanagement in Pflugfelden.

Gemeinsam mit BMin **Schwarz** beantworten sie Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** dankt für den Vortrag. Bei dem Thema handle es sich um eine Langzeitaufgabe. Durch den Klimawandel gebe es eine Zunahme der Intensivität und Häufigkeit von Starkregenereignissen. Auch die Landwirtschaft könne davon betroffen sein. Die Richtlinien der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) seien vorbildlich umgesetzt worden, lobt sie und begrüßt den Aufbau einer Projektgruppe. Auch kommunale Flächenvorsorge betrachte sie als wichtig, auch was bauliche Anlagen angehe.

TOP 5	Starkregenrisikomanagement Pflugfelden + weiteres Vorgehen	Vorl.Nr. 103/23
-------	--	-----------------

---

Die Starkregenkarten sollten bei allen Planungsprozessen genutzt werden. Entsprechende Flächen für vorsorgliche Maßnahmen müssen noch von der Stadt erworben werden. Sie bestärkt die Stadt in ihrer bisherigen Vorgehensweise.

Zuletzt erkundigt sie sich, ob man das Thema zusätzlich im Mobilitäts- und Umweltausschuss vorstellen könnte.

BMin **Schwarz** verweist auf die für alle einsehbaren Unterlagen. Da das Starkregenrisikomanagement ein Klimathema sei, werde es im Bauausschuss behandelt. Die Mitglieder des Mobilitäts- und Umweltausschusses seien jederzeit gerne in die Sitzung des Bauausschusses eingeladen.

Stadtrat **Braumann** bezeichnet die interkommunale Zusammenarbeit als gelungen. Es sei gut, die Gefährdungen zu kennen.

Stadtrat **Remmele** hätte vorgezogen, mit kritischen Stadtteilen wie Oßweil zu beginnen. Diese sollen als nächstes betrachtet werden. Bei Neubauten gebe es inzwischen Vorschriften, Zisternen zu bauen. Die Freien-Wähler finden, die Stadt sei auf einem guten Weg und solle weiter so machen.

Stadtrat **Juranek** betont, dass die Ergebnisse als Beispiel für die Weiterarbeit wichtig seien. In Pflugfelden sei das Risiko gering. Es gebe bei einem Starkregen 20 bis 30, maximal 50 Zentimeter Hochwasser. In anderen Stadtteilen gebe es dramatischere Ergebnisse. Er erkundigt sich, wie die Stadt mit den Ergebnissen umgehen werde, schließlich können ja keine Schleusen gebaut werden. Haustüren können geschützt werden, aber das Problem sei, dass Druck durch das Wassersystem bestehe. Um dem entgegenzuwirken, sollten Rückstauklappen eingebaut werden. Er fragt nach, ob die Kanalisation durch Rückstau Wasser hochdrücke und so das Wasser im Haus hochkomme.

Stadtrat **Eisele** erinnert an die extremen Ereignisse im Ahrtal. Durch den Starkregen würden viel mehr Keller als früher volllaufen, meint er. Bei ihm drücke das Wasser durch die Wand des Hauses rein. Er erkundigt sich, ob auch Erkenntnisse festgehalten werden, z.B. dass Kanäle zu klein oder zu voll seien, da sie aus den 1960er Jahren stammen. Außerdem hakt er nach, ob es in so einem Fall eine Handlungsempfehlung des Ingenieurbüros an die Stadt gebe, so dass diese aktiv werden müsse.

Stadträtin **Kainz** freut sich über die gute interkommunale Zusammenarbeit. Sie hält es für wichtig, auch die Mitglieder der Stadtteilausschüsse miteinzubeziehen. Sie bittet die Stadt um Auskunft, ob es Fördermöglichkeiten gebe.

BMin **Schwarz** erklärt, Ziel sei, für die ganze Stadt Starkregengefahrenkarten zu erstellen. Für die Stadt relevant und zugleich herausfordernd sei es, wenn Feuerwehren, Kindergärten und Altenheime betroffen seien. Dann würde die Stadt mit den Stadtteilausschüssen ins Gespräch gehen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei dies allerdings noch nicht erforderlich. In Pflugfelden entstehe noch keine schlimme Situation bei einem Starkregenereignis, habe die Prüfung gezeigt. Trotzdem kann eine Information an die Bürgerschaft erfolgen, Sandsäcke für den Fall der Fälle zu lagern.

Herr **Knoche** ergänzt. Bei einem Extremereignis könne der Kanal nicht mehr aufnehmen. Rückstauklappen würden immer helfen, sie seien wichtig und notwendig. Die Klappen können dem Druck vom Kanal standhalten.

Es gebe einen allgemeinen Kanalplan, den Gemeinden und Städte führen, erklärt er. Der Kanal sei auf größere Regenereignisse ausgelegt, die alle zwei, drei oder fünf Jahre vorkommen können. Als Starkregenereignisse bezeichnet man solche, die alle 30, 50 oder 100 Jahre vorkommen können. Für solche seien die Kanäle nicht groß genug.

TOP 5

Starkregenrisikomanagement Pflugfelden + weiteres  
Vorgehen

Vorl.Nr. 103/23

---

Auf Stadtrat Eiseles Hinweis erwidert er: Wenn das Wasser über die Bausubstanz hereindrücke, so müsse der Eigentümer vorsorgen.

Das **Gremium** nimmt die Vorlage und den Vortrag zur Kenntnis.

TOP 6                      Satzung über eine Verlängerung der  
Veränderungssperre "Werbeanlagen Eglosheimer  
Straße / Möglinger Straße"  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 082/23

---

**Beschlussempfehlung:**

Aufgrund von § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung (GemO) wird folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Geltungsdauer der Veränderungssperre „Werbeanlagen Eglosheimer Straße / Möglinger Straße“, die am 29.05.2021 in Kraft getreten ist, wird um ein Jahr verlängert. Die Geltungsdauer der Veränderungssperre endet somit am 29.05.2024.

§ 2

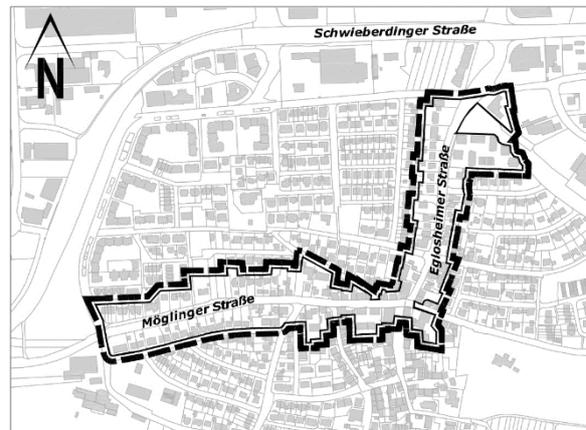
Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.



---

TOP 7                      Sachstandsbericht Photovoltaik-Ausbau in

### **Beratungsverlauf:**

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft, der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg (SWLB), ein **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (Teamleiter Klima und Energie) und BMin **Schwarz** berichten zum Thema. Ein weiterer **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft ist außerdem anwesend.

Stadtrat **Remmele** regt an, ein Faltblatt zum Thema zu gestalten. Die Stadt solle wie bisher weitermachen. Er ist der Ansicht, dass das Ziel, im Jahr 2035 klimaneutral zu sein, wohl schwierig zu erreichen sein wird. Er schlägt vor, Windräder in Ludwigsburg aufzustellen, vielleicht auch auf Gebäuden.

Auch Stadtrat **Sorg** hat Zweifel, ob die Geschwindigkeit, in der Maßnahmen ergriffen werden, reicht, um das Klimaneutralitätsziel zu erreichen. Dafür bräuchte es „Klimaschutzmacher“, d.h. Menschen, die mitmachen, verändern. Für die Wärmewende und die Mobilitätswende brauche es ein breites Spektrum an Werkzeugen, meint er.

Stadtrat **Braumann** ist er Meinung, dass sich die Stadt mit dem Ausbau der Photovoltaikanlagen (PV) ihrem Ziel nähere. Bei den PV-Modulen handle es sich sicher um günstige chinesische Produkte, vermute er und erkundigt sich nach guten deutschen Produkten auf dem Markt. Außerdem fragt er nach dem Preisunterschied.

Er bittet um Erläuterung des Klimabonus.

Stadtrat **Juranek** ist der soziale Aspekt wichtig. In sozialschwachen Familien fehle oft die Kenntnis und Motivation, etwas für den Klimaschutz zu tun. Das Rundumsorglospaket der Stadtwerke (SWLB) könne helfen, diese Menschen zu unterstützen und sei ein hervorragendes Angebot, lobt er. Nicht nur Dächer, sondern auch andere Flächen sollen genutzt werden, z.B. Schallschutzwände oder Flächen, die landwirtschaftlich nicht genutzt werden können, z.B. in der Nähe der Autobahnen.

Stadtrat **Eisele** bekennt sich als großer Befürworter von PV-Anlagen. Diese würden sich lohnen, da sie sich amortisieren. Er lobt der Stadtverwaltung für die schnelle Umsetzung bisher. 4000 Maßnahmen habe sie noch vor sich. Er bezweifelt, dass das Geld dafür ausreiche. Die SWLB will 3000 aufstellen. Doch nicht nur sie und Private, auch Vereine wie z.B. der MTV wollen auf ihren Dächern PV-Anlagen installieren. Den Bericht nehme er wohlwollend zur Kenntnis.

Stadträtin **Kainz** zeigt sich beeindruckt. Sie freue sich über die Ergänzung und umfassende Beantwortung des Freien-Wähler-Antrags. Die Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerschaft begrüßt sie.

BMin **Schwarz** erklärt, dass auf der Gemarkung Ludwigsburg der Wind nicht stark genug sei, um mit den sich auf dem Markt befindlichen Technologien einen Mehrwert zu erzielen. Wenn Privatleute etwas auf ihrem Dach installieren wollen, kann gerne ein Bauantrag gestellt werden.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft meint, dass die Stadt die PV-Nutzung massiv ausbauen wolle. In Deutschland gebe es Hersteller, wie z.B. Solarwatt mit einer

Produktionsanlage in Dresden. Diese machen sich auch Gedanken, was mit den Modulen in 20 bis 30 Jahren passiert. Generell gibt es nicht viele Angebote auf dem deutschen Markt, doch die Stadt werde sich weiter umschauchen. Auf dem asiatischen Markt seien die Module deutlich günstiger und auch leistungsfähiger.

TOP 7 Sachstandsbericht Photovoltaik-Ausbau in  
Ludwigsburg  
- mündlicher Bericht

---

Der **Teamleiter** Klima und Energie vom Referat geht auf die Nachfrage zum Klimabonus ein und nennt ein paar Zahlen sowie die Anzahl der Anträge und die Höhe der Fördersummen. Dieses Jahr seien es rund 40 Anträge (Solar) gewesen bei einer Fördersumme von 60.000 Euro, bei den Steckersolargeräten gabe es bereits 22 im ersten Quartal. Die Nachfrage steige, freut er sich.

Stadtrat **Raasch** erkundigt sich, ob die Hersteller die Solarmodule wieder zurücknehmen würden und die Entsorgungskosten dann der Verkäufer zahle. Bisher sei es für ihn Sondermüll gewesen. Er fragt nach den Entsorgungskosten für die Stadt Ludwigsburg, konkret was kostet die Entsorgung eines Quadratmeters PV-Anlage.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft antwortet auf die Frage. Gesetzlich ist die Entwicklung so, dass man die Module, dort wo man sie gekauft habe, auch wieder abgeben könne. Ziel sei es, dass die Hersteller die Produkte auch kostenlos wieder zurücknehmen. Die SWLB kalkuliere aktuell nicht damit, die Produkte nach Ablauf des Lebenszyklus, teuer entsorgen zu müssen. Da die Module eine Lebenszeit von 30 Jahren haben, kann es sein, dass es bis dahin auch neue Verwertungswege geben. Es gebe Netzwerke, die sich mit diesem Thema beschäftigen. In Freiburg gebe es ein Unternehmen, das sich auf die Wiederverwertung solcher Module spezialisiert habe.

Der **Geschäftsführer** der SWLB ergänzt. Es handle sich um eine reine Projektgesellschaft, die PV-Anlagen erstelle, auf Freiflächen, städtischen und sonstigen Dächern. Die SWLB und die Sparkasse werden dafür einen hohen Millionenbetrag zur Verfügung stellen, um das Projekt zu stemmen.

Stadtrat **Link** bittet darum, dass für die Förderung mehr Werbung gemacht werde, damit die Bürgerschaft erreicht werde.

BMin **Schwarz** verweist auf die anwesende Presse mit der Bitte um Bekanntmachung des Klimabonus. Für die Stadt sei es nicht immer einfach, Haushalte zu erreichen. Sie sei mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH im Gespräch, wie auf deren Mieter zugegangen werden könne.

TOP 7.1 Klimaschutz und Finanzen  
- Haushaltsantrag der FW-Fraktion vom 23.11.2022

Vorl.Nr. 436/22

---

### **Beratungsverlauf:**

Mit Bericht zum Antrag (vgl. TOP 7) ist der Antrag erledigt.